

AUSZUG

aus der Niederschrift über die Sitzung
des Samtgemeinderates Schöppenstedt Nr. SGR 8/003
vom **25.01.2007**

Zu Punkt

- | | |
|-----------|---|
| 4. | 1. Investitionsprogramm für 2006 bis 2010 |
| | 2. Finanzplan für 2006 bis 2010 |
| | 3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2007 |

RDS-Nr. 8/018 vom 29.12.2006

Im Anschluss an die Berichterstattung weist Herr Gödecke darauf hin, dass dem sehr ausführlichen Vortrag von Herrn Prescher kaum etwas hinzuzufügen sei. Dennoch werde er auf einige Punkte, die der Gruppe SPD/Grüne besonders am Herzen liegen, nochmals eingehen. Zunächst kritisiert er das Verhalten der Landesregierung hinsichtlich der bereits seit geraumer Zeit zugesagten Bedarfszuweisung. Dies führe aufgrund der Zinsbelastung für die Samtgemeinde zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von monatlich 2.500 € bis 3.000 €. Weiterhin kritisiert Herr Gödecke, dass die Wahlversprechen bezüglich der Verbesserung der kommunalen Finanzsituation nicht eingehalten werden. Des weiteren weist Herr Gödecke, wie bereits von Herrn Prescher ausführlich berichtet, darauf hin, dass der nunmehr eingetretene Aufschwung sich beim kommunalen Finanzausgleich nicht positiv auf die finanzielle Situation der Samtgemeinde auswirke. Den Mitgliedsgemeinden gehe es aber deutlich besser. Er ergänzt, dass man bei den anstehenden Beratungen über den internen Finanzausgleich 2007 überlegen müsse, wie die Samtgemeinde bessergestellt werden kann. Andererseits sei auch denkbar, dass die Mitgliedsgemeinden an der Bedarfszuweisung beteiligt werden.

Herr Gödecke weist auf das bisher noch nicht angesprochene Problem der zurückgehenden Einwohnerzahlen hin, dass sich letztendlich auch auf die Berechnung der Schlüsselzuweisungen auswirke. Aufgrund des weiterhin gestiegenen strukturellen Defizits um fast 2,5 Mio. Euro müsse aus Sicht der SPD-Fraktion im Rahmen des internen Finanzausgleichs etwas für die Samtgemeinde getan werden. Dabei wolle man die in den letzten Jahren getroffenen Entscheidungen zugunsten der Mitgliedsgemeinden nicht umkehren, sondern zu einer moderaten Veränderung kommen. Hinsichtlich des von Herrn Prescher angesprochenen Sanierungsstaus erbittet Herr Gödecke für künftige Haushaltsberatungen eine Auflistung über die notwendigen Maßnahmen, um hier entsprechend reagieren zu können. Darüber hinaus bittet Herr Gödecke um eine Übersicht der Zinslasten aus Liquiditätskrediten, aus der sich die unterschiedlichen Belastungen der Mitgliedsgemeinden ergeben. Im übrigen geht Herr Gödecke von der Umsetzung der getroffenen Zielvereinbarung aus, insbes. sollte über die Frage der Einführung einer Niederschlagswassergebühr abschließend entschieden werden.

Auch Herr Rautmann weist darauf hin, dass der ausführlichen Berichterstattung durch Herrn Prescher bezüglich der dramatischen Finanzsituation der Samtgemeinde kaum etwas hinzuzufügen sei. Er führt weiter aus, dass allein der Personalkostenanteil an den Nettoausgaben 42 % beträgt. Die dramatische finanzielle Situation der Samtgemeinde werde auch dadurch deutlich, dass das kumulierte Defizit in Höhe von 15,4 Mio. Euro am Jahresende sich auf das 2,5-fache der jährlichen Nettoeinnahmen belaufe.

Herr Rautmann führt aus, dass man sich in der CDU-Kreistagsfraktion eingehend mit der von der Samtgemeinde an den Landkreis Wolfenbüttel gerichteten Stellungnahme zum Kreishaushalt, insbes. zur Kreisumlage, auseinandergesetzt habe. Der Landkreis verzeichne bei gleichem Hebesatz in 2007 eine Mehreinnahme von über 7 Mio. Euro. Im Hinblick auf die positive Entwicklung, die sich für den Kreis ergeben habe, sei man zu der Auffassung gelangt, dass die Gemeinden entlastet werden müssten. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man sich seitens der CDU-Kreistagsfraktion um eine Senkung der Kreisumlage von 1 %-Punkt einsetzen.

Eine Änderung des internen Finanzausgleiches zwischen Samtgemeinde und Mitgliedsgemeinden zugunsten der Samtgemeinde sei wohl nötig, müsse aber moderat ausfallen.

Herr Mühe kritisiert, dass man seitens der Gruppe CDU/FDP erklärt habe, dass man dem Haushalt 2007 nicht zustimmen könne aber weder Fragen noch Vorschläge zu einer Verbesserung der finanziellen Situation der Samtgemeinde eingebracht habe. Im Rahmen des Wahlkampfes im vergangenen Jahr sei seitens der CDU-Fraktion eine Senkung der Personalkosten um 30 % propagiert worden. Insofern habe er einen entsprechenden Antrag bei den Haushaltsberatungen sowohl im Samtgemeindeausschuss als auch in der Ratssitzung vermisst.

Herr Jahn weist die Vorwürfe von Herrn Mühe vehement zurück und macht darauf aufmerksam, dass auch seitens der CDU-Fraktion eine Kontinuität bei der Betrachtung des Haushaltes gegeben ist. Die CDU-Fraktion habe in den vergangenen Jahren stets deutlich gemacht, wo sie unterschiedliche Schwerpunkte setzt. Herr Jahn weist in diesem Zusammenhang auf die Beschlussfassung zur Abwasserbeseitigung hin einschl. der Folgewirkungen für die Kommunen, wie z.B. die Wiederherstellung der Gemeindestraßen. Er führt weiter aus, dass die CDU-Fraktion der Einführung einer Niederschlagswassergebühr nicht zustimmen werde, denn dies würde zusätzlich zu der Erhöhung der Kosten für Frischwasser um 0,20 € nach der Umstellung auf weiches Wasser eine weitere Belastung für die Bürger bedeuten. Dabei gibt er zu bedenken, dass weitere Kosten ggfls. Bürger veranlassen könnten, aus dem Bereich der Samtgemeinde Schöppenstedt wegzuziehen. Auf die

Einwände von Herrn Mühe erläutert Herr Jahn, dass man weiterhin, wie bereits von der Verwaltung in Angriff genommen, über den Personalbestand nachdenken müsse. Dies betreffe ebenfalls auch den Samtgemeindebauhof. Der Personalbestand müsse insbes. bei Wohnerrückgang weiterhin vermindert und ggfls. über interkommunale Zusammenarbeit nachgedacht werden. Herr Jahn bekundet diesbezüglich seitens der CDU-Fraktion die Bereitschaft. Im übrigen rügt Herr Jahn das Verhalten von Herrn Mühe bezüglich seiner Äußerungen über die nichtöffentliche Samtgemeindeausschusssitzung.

Herr Jahn führt weiter aus, dass er sich selbst für die Zurverfügungstellung der bisher lediglich mündlich zugesagten Bedarfszuweisung eingesetzt habe. Im Zusammenhang mit der Bedarfszuweisung gibt er zu bedenken, dass auch die Schulden situation der Mitgliedsgemeinden Berücksichtigung finden müsse.

Abschließend führt Herr Jahn aus, dass es seitens der Gruppe CDU/FDP Überlegungen gebe, den weiteren Betrieb des Schwimmbades ggfls. in eine andere Trägerschaft zu übergeben.

Frau Naumann ergänzt, dass für den Personalbereich ein Entwicklungskonzept besteht und dies kontinuierlich umgesetzt werde. Im übrigen werde bei jedem Ausscheiden geprüft, ob eine Wiederbesetzung der Stelle notwendig sei. Des weiteren weist sie darauf hin, dass Altersteilzeitverträge erst nach Ablauf der Freistellungsphase zu Einsparungen führen. Die Einsparung werde auch dadurch deutlich, dass die Erhöhungen der letzten Jahre zu keiner Erhöhung der Personalkosten geführt haben.

Herr Mühe geht nochmals auf die Ausführungen von Herrn Jahn ein und ergänzt unter Hinweis auf den vorliegenden Haushaltsentwurf, dass im Rahmen der Samtgemeindeumlage die Nettobelastung für die Stadt Schöppenstedt mit 88,2 % den weitaus größten Anteil ausmacht. Im Hinblick auf die von der Samtgemeinde geschaffenen Einrichtungen, wie Grundschule, Kindergärten, Feuerwehr etc., die auch weiterhin erhalten bleiben sollen, sei die Stadt bereit, diesen erheblichen finanziellen Anteil zu tragen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erläutert Herr Prescher, dass die Verbundmasse zur Ausschüttung der Schlüsselzuweisungen um noch mehr als 14 % gestiegen wäre, wenn nicht die Landesregierung eine Kürzung der Ausgleichsmasse um 150 Mio. Euro vorgenommen hätte. Weiterhin merkt Herr Hoffmann an, dass die Klage hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Kürzung der Finanzausgleichsmasse noch beim Staatsgerichtshof in Bückeburg anhängig sei. Insofern stelle die Aussage, dass es sich um einen widerrechtlichen Eingriff der Landesregierung handle, eine persönliche Meinung da. Hinsichtlich dieses Vorwurfes führt Herr Prescher aus, dass er hier keineswegs seine persönliche Meinung wiedergebe, sondern die Ausführungen im

Vorbericht die Wertung der kommunalen Spitzenverbände und die allgemeine Rechtseinschätzung darstelle. Des weiteren bittet Herr Hoffmann um Auskunft über die Laufzeit der Kassenkredite. Herr Prescher führt hierzu aus, dass durch das kommunale Haushaltsrecht die Bindung an die Laufzeit der Haushaltssatzung gegeben ist. Seitens der Kommunalaufsicht wurde nunmehr signalisiert, dass vom Innenministerium eine Öffnung dieser Regelung angedacht ist. Es ist damit zu rechnen, dass die Zinsbindung eines geringen Anteils an den Kassenkrediten über die Finanzplanungsjahre, d.h. bis zum Jahr 2010, zugelassen werden soll.

Herr Mohr bekräftigt in seinem Vortrag nochmals das Solidarprinzip, in dem er darauf hinweist, dass die Belastung für den Einwohner in der Stadt Schöppenstedt am höchsten sei. Die Stadt leiste somit einen erheblichen Anteil bei der Umsetzung dieses Solidarprinzips. Im übrigen merkt er an, dass auch im Personalausschuss seitens der Gruppe CDU/FDP keine Vorschläge zum Aufgabenabbau, der eine Einsparung von Personalkosten zwangsläufig nach sich ziehen würde, gemacht wurden.

Nach einer abschließenden Wortmeldung von Herrn Rautmann, dass seitens seiner Gruppe sehr wohl kritische Nachfragen und Anmerkungen erfolgt seien, fasst der Samtgemeinderat folgenden

Beschluss:

Zu 1.:

Der Samtgemeinderat beschließt gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO das Investitionsprogramm als Grundlage der Finanzplanung (§ 90 Abs. 3 NGO) für 2006 bis 2010 in der der RDS-Nr. SG 8/018 als Anlage zum Haushaltsplan beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 15 Nein 11

Zu 2.:

Der dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Finanzplan für 2006 bis 2010 (§ 90 NGO) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu 3.:

Der Samtgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung 2007 in der der RDS-Nr. SG 8/018 beigefügten Fassung (eingebunden im Haushaltsplan).

***Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 15 Nein 11***

Die Samtgemeindebürgermeisterin

Den 08.02.2007

Vfg.

- ☐ Zur nächsten Sitzung des Samtgemeinderates
- ☐ Zur nächsten Sitzung des -Ausschusses
- ☐ Dem Amt mit Anlagen
 - ☐ zur Ausführung des Beschlusses
 - ☐ zur Rücksprache
 - ☐ Kopie f. Sg.Bgm.
 - ☐ Wv. nach Erledigung
 - ☐ Z.d.A.
 - ☐

Naumann